

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Die Einladung ist ordnungsgemäß erfolgt.

Die Beschlussfähigkeit war gegeben.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Zum Punkt 9 der Tagesordnung „Beratung/Diskussion zum Thema Winterdienst – Umstellung auf ökologische Alternativen zum Tausalz“ war kein Vertreter des Bündnis90/Die Grünen anwesend.

Daher wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses vorgeschlagen, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Die Tagesordnung wurde mit der Änderung einstimmig bestätigt.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 07.11.2018 (bereits zugesandt)

Das Protokoll der Sitzung vom 07.11.2018 wurde einstimmig bestätigt.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 4 Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Schulsporthalle Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt VA: Dez. I/Amt 40 Vorlage: 010/2019

Herr Pilz, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, gab eine kurze Einführung zum geplanten Vorhaben.

Frau Falkenberg vom Ingenieurbüro Hoch- und Tiefbau eG erläuterte die Maßnahmen zur Sanierung der Schulsporthalle.

Das Gebäude ist ein Einzeldenkmal, was bei der Sanierung zu beachten ist.

Zu den Maßnahmen gehören u.a.: die Sanierung des Parketts, die Ertüchtigung des Prallschutzes, Erneuerung von Sportgeräten, Schaffung einer Raumtrennung, Erneuerung der Hallendecke incl. Akustikverkleidung, Montage Blendschutz, Erneuerung der technischen Gebäudeausrüstung, Einrichtung eines Erste-Hilfe-Raumes im Neubau des Schulgebäudes.

Sanierung des Parketts – Das Parkett stammt aus dem Jahr 1955. Es erfolgen Ausbesserungen und die Aufarbeitung sowie das Auftragen neuer Markierungen.

Ertüchtigung Prallschutz – Zur Zeit gibt es einen textilen Prallschutz nur an den Stirnseiten der Halle. Es soll eine Holzprallwand mit Akustikelementen angebracht werden. Die Hallentüren und die Türen zu den Geräteräumen werden mit integriert. Detailliertere Angaben folgen in der Ausführungsplanung.

Erneuerung von Sportgeräten – Die vorhandenen festen Sportgeräte stammen ebenfalls von 1955. Es werden neue Sportgeräte montiert sowie Ausbesserung des Putzes und Malerarbeiten erfolgen.

Schaffung einer Raumtrennung – Eine Raumtrennung ist nicht vorhanden. Es wird eine elektrische Trennwand als Sichtschutz montiert. Forderungen des Brandschutzkonzeptes werden einbezogen.

Montage Blendschutz - An der Süd-Ost-Seite ist kein Blendschutz vorhanden. Geplant sind innenliegende ballwurfsichere Rolloanlagen.

Erneuerung der Hallendecke – Die Hallendecke wurde ca. 1995 nachträglich eingebaut, es handelt sich um Holzpaneel. Die Decke wird erneuert.

Technische Gebäudeausrüstung – Die Heizkörper stammen ebenfalls aus dem Jahr 1955, ein Heizlüfter an der Wand ist nicht mehr funktionstüchtig. Die vorhandenen Heizkörper werden aufgearbeitet, zusätzlich wird eine Deckenstrahlheizung montiert. Die Beleuchtung erfolgt über LED-Deckenleuchten..

Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen 1.063.456 Euro.

Zur Deckenheizung wurde um eine Erläuterung gebeten – Die vorhandenen Heizkörper werden ca. 70 % der Heizleistung erbringen, die Deckenstrahlheizung 30 %.

Zum baulichen Schutz der Beleuchtungskörper wurde ebenfalls um Erläuterung gebeten – Dies wird bei der weiteren konkreten Planung beachtet.

Zur Wiedernutzung der alten Heizkörper wurden ebenfalls um Erläuterung gebeten, erbringen die alten Heizkörper noch die entsprechenden Leistungen, wird der Denkmalschutz vor eine energieeffiziente Heizung gestellt / wäre eine Außenverschattung nicht günstiger/Ballwurfsicherheit der Rolloanlage – Eine außenliegende Verschattung ist nicht erforderlich, da es um Blendschutz und nicht um Überhitzung geht. Die Rolloanlage wird ballwurfsicher ausgeführt. Die Aufteilung der Heizkörper ist die günstigste Lösung auch hinsichtlich der Ansicht und der Erhalts des Charakters des Gebäudes und der Erzeugung von Wärme in der Nähe der Nutzer der Halle .

Die Beschlussvorlage wird einstimmig zur Beschlussfassung an den Kreistag weitergeleitet.

einstimmig zugestimmt

Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 5 **Gewährung einer Zuwendung an die Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH im Jahr 2019 zum Kauf einer dritten Straßenbahn vom Typ Artic Tram (siehe KT-Vorlagen 008/2018 und 047/2018) zur Herstellung der Barrierefreiheit nach §3 Abs. 3 des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes im Straßenbahnbetrieb VA: Dez. II/ÖPNV
Vorlage: 013/2019****

Die Erläuterung der Vorlage erfolgt durch Herrn Hellmich.

Mit Landesförderung konnte der Landkreis bereits zwei Straßenbahnen erwerben. Mit diesen beiden Straßenbahnen wird den Forderungen der Barrierefreiheit noch nicht voll entsprochen. Es kann noch einmal ein bauartengleiches Fahrzeug als Neufahrzeug bestellt werden. Mit diesem Fahrzeug wird im Bereich Schöneiche – Rüdersdorf die Barrierefreiheit erreicht.

Das Land stellt Fördermittel für den Erwerb eines neuen Fahrzeuges zur Verfügung.

Die finanzielle Sicherung ist gesichert durch die Anteile der Landkreise, der Gemeinden und der SRS

Um Erläuterung wurden gebeten zur Einstellung des Baus einer Fahrzeugserie – Herr Hellmich erläuterte, dass Fahrzeuge einer Serie in begrenzter Anzahl hergestellt werden. Bei neuen technischen Erfordernissen wird eine neue Serie hergestellt. In diesem Fall wird noch ein zusätzliches Fahrzeug der bereits vorhandenen Serie hergestellt, damit hat die SRS 3 bauartengleiche Fahrzeuge.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig zur Beschlussvorlage an den Kreistag weitergeleitet.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 6 Überblick über geförderte Maßnahmen an Einzeldenkmalen bzw. in
Denkmalbereichen - HH-Jahr 2018 VA: Dez. III/Amt 63-uDB**

Frau Brauchle, Bauordnungsamt – Denkmalschutz, informierte an Hand einer Präsentation über die geförderten Maßnahmen.

2018 gab es 32 Anträge, 28 Antragsteller erhielten Fördermittel, 23 Maßnahmen waren Einzeldenkmale, 5 Maßnahmen in Denkmalbereiche, 1 Rückgabe, 15 Maßnahmen sind bereits abgeschlossen.

Im Anschluss erläuterte Herr Gehm die Schwierigkeiten bei der Fördermittelvergabe. Besonders in diesem Jahr wäre die Vorstellung im Ausschuss und die Einholung der Zustimmung durch den Ausschuss sehr spät für die Bewilligung der Anträge. Laut Fördermittelrichtlinie kann mit der Maßnahme bereits vor Fördermittelzusage begonnen werden. Es gibt aber auch Antragsteller, die ohne Fördermittel die Maßnahme nicht ausführen können, da sie auf die Fördermittel angewiesen sind.

Er bat den Ausschuss darum, dass das Bauordnungsamt-Denkmalschutz über die Fördermittelanträge bescheidet und den Ausschuss nachträglich über die Vergabe informiert.

Es kam der Hinweis, ob die Mittel nicht schon zu Beginn des Jahres, vor Beschlussfassung des Haushaltsplanes bereitgestellt werden können, um einen entsprechenden Vorlauf zu sichern.

Herr Buhrke antwortete: Ohne Ermächtigung durch den Haushaltsplan kann der Landkreis kein Geld ausgeben. Nicht gebundene Mittel kann der Landkreis erst nach Beschlussfassung des Haushaltsplanes ausreichen.

Der Ausschuss nahm die Information zur Kenntnis.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass die untere Denkmalbehörde 2019 die Fördermittelanträge ohne Zustimmung des Ausschusses bestätigt und ausreicht. In der Ausschusssitzung im August wird über die genehmigten Anträge informiert.

zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 7 Richtlinie des Landkreises Oder – Spree über die Gewährung von Zu-
weisungen zur Unterstützung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden
und Ämter bei der Realisierung von unabweisbaren Investitionen und
wesentlichen Instandsetzungsmaßnahmen (Richtlinie zur Unterstüt-
zung der Kommunen) VA: Dez. II/Amt 20
Vorlage: 002/2019**

Herr Buhrke, Dezernent Finanzen und Innenverwaltung, gab eine kurze Erläuterung zur Richtlinie.

Die Richtlinie entspricht den Forderungen aus dem Kreistag zur Schaffung eines Instrumentes zur Förderung von Investitionen der Städte und Gemeinden. Gefördert werden sollen unabweisbare Investitionen und wesentliche Instandsetzungsmaßnahmen und dabei Immobilien und auch Mobilien. Diese Förderrichtlinie wird auch von den Gemeinden mitgetragen/finanziert. Zustimmung. In den Haushaltsplan wurden dafür 1.000.000,00 Euro eingestellt.

Die großen Maßnahmen wie Spree-Radweg und Breitband werden gesondert behandelt.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig an den Kreistag zur Beschlussfassung weitergeleitet einstimmig zugestimmt

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 8 Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 - inhaltliche Information und Diskussion zu den, den Ausschuss tangierenden Schwerpunkten VA: Dezernat II, BE: Dez. III - Amt 62, - Amt 65/SG GM/Hochbau SG KIS Dez. IV - Amt 63, -Amt 67, Dez. V - SG KIF
Vorlage: 007/2019**

Herr Buhrke, Dezernent Finanzen und Innenverwaltung, sprach kurz zur Einleitung.

Es wurde ein ausgeglichener Haushalt aufgestellt.

Im Ergebnishaushalt wird das Haushaltsvolumen ansteigen auf knapp 413 Mio Euro. Der Hebesatz der Kreisumlage beträgt 38,0 %.

Die Haushaltsplanung 2019 wird positiv beeinflusst durch die Erhöhung der Finanzaufweisungen des Landes (+ 9,4 Mio Euro), durch die gute wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen und die gute Situation des Arbeitsmarktes sowie durch die Steigerung der Schlüsselzuweisungen der Städte und Gemeinden um 8,9 Mio Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2018.

Als große Maßnahmen sind als gesonderte Produkte aufgenommen die Förderung des Breitbandausbaus (2019-2021), die Instandsetzung des Spreeradweges (2019) und die Richtlinie zur Unterstützung der Kommunen (2019-2022),

Die Maßnahmen des Finanzplanes sind Bestandteil der Prioritätenlisten. Die Prioritätenliste 2019-2022 wurde auf dem Kreistag vom 26.09.2018 beschlossen. Einen wesentlichen Schwerpunkt bilden die Investitionen im Bereich Bildung (8.137.800 Euro).

Bei den Auszahlungen für Investitionen 2020 – 2022 betrifft der größte Teil mit 22,7 Mio Euro Baumaßnahmen an Gebäuden (dav. 21.686.500 Mio Euro Schulen), 9,6 Mio Euro Baumaßnahmen an Kreisstraßen, 8,6 Mio Euro bewegliches Anlagevermögen. Die Einzahlungen werden abgedeckt mit Kassenmitteln des LOS (20,7 Mio Euro), investiven Schlüsselzuweisungen (11,80 Mio Euro), Zuweisungen Kreisstraßen (5,5 Mio Euro), Zuweisungen Hochbau (3,0 Mio Euro).

Noch nicht Bestandteil des Haushaltsplanes sind die Baukosten für die Sanierung oder den Neubau von Schulen im Bereich Erkner/Schöneiche, der Baukostenzuschuss an die Seniorenheime gGmbH für die Erweiterung um ein Alten- und Pflegeheim in Eisenhüttenstadt, Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes zur Umsetzung der durch den Kreistag beschlossenen Leitziele.

Für den Bereich Stabsstelle Stärkung des ländlichen Raumes, Sicherung Daseinsvorsorge, ÖPV erfolgten die Erläuterungen durch Herr Kühne anhand einer Präsentation.

Das übergeordnete Ziel ist die Schaffung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ländlichen Raum. Im Kreistag am 06.12.2018 wurden die ersten vier Leitziele mit Beschluss fixiert. Zum 1. Leitziel „Entwicklung und Etablierung einer Regionalmarke Oder-Spree“ ist als Gemeinschaftsprojekt der LAG'n Märkische Seen und Oderland die Durchführung einer Potenzialanalyse in Vorbereitung. Zum 2. Leitziel „Schaffung und Sicherung von Wohnraum im ländlichen Raum“ wurde eine Fördermaßnahme beantragt bei der LAG Märkische Seen zur Bestandserfassung des Wohnraumes und die Nachfrage des Wohnraumes im westlichen Teil des Landkreises Oder-Spree. Zum 3. Leitziel „Sicherstellung der Mobilität“ soll eine Personalstelle „Mobilitätsbeauftragter“ durch den Kreistag beschlossen werden. Es erfolgt die Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes, dazu werden Fördermittel beim Land beantragt. Zum 4. Leitziel „Gewährleistung einer umfassenden medizinischen Versorgung für Jung und Alt“ erfolgen Absprachen und Abstimmung in der Verwaltung mit dem Gesundheitsamt. Auch hier sollen Strukturen und Entwicklungen gefördert werden.

Entsprechende Maßnahmen werden in den Folgejahren im Haushaltsplan abgebildet und abgesichert werden.

Zum Teilbereich Umweltamt gab Herr Driebusch kurze Erläuterungen.

Er erläuterte anhand der Präsentation die Einnahmen, Erstattungen des Landes, Aufwendungen und den Zuschussbedarf des Amtes.

Herr Schreiber, Amtsleiter Kataster- und Vermessungsamt, erläuterte die Aufgaben seines Amtes. Das Kataster- und Vermessungsamt ist verpflichtet den Prioritätenerlass des Ministeriums abzuarbeiten. Hauptziele der Arbeit sind die Reduzierung und Beibehaltung der Antragsbearbeitungszeiten, die Abstimmung der Geobasisdaten der Landesgrenze besonders zu Berlin, die Geometrieverbesserung der Liegenschaftskarte, die Vervollständigung des Nachweissystems für das Breitbandportal.

Der Gesamtzuschuss des Landes wurde um 35 % erhöht, das sind 1,84 Mio Euro.

Herr Schreiber führte die Probleme aus in Zusammenhang mit verschiedenen Vorhaben des Landes – z.B. kostenfreie Bereitstellung von Daten für die Bürger.

Für den Bereich Bauordnungsamt erläuterte Frau Kirschner die Vorgaben.

Auch 2019 erfolgte die Ausreichung der Fördermittel von 100.000, Euro für die Vorhaben des Denkmalschutzes. Einnahmen durch Gebühren sind 2.000.000,- Euro geplant. Es werden ca. 1.100 Baugenehmigungen erteilt, die Bautätigkeit nimmt zu.

Für das Amt 65 Gebäudemanagement und Infrastruktur erläuterte Herr Fuls, Amtsleiter, die Vorhaben 2019.

Zu den Aufgaben des Sachgebietes kreisliche Infrastruktur/Straßenaufsicht gehören die Unterhaltung, Instandsetzung und Investitionen an Kreisstraßen, Brücken, straßenbegleitenden Radwegen sowie die Modernisierung kommunaler touristischer Radwege. Für die Unterhaltung sind eingestellt 2.039.300,- Euro, für Deckenerneuerungen 492.200,- Euro, für grundhaften Ausbau 5.193.400,- Euro, für Radwegebau K6744 473.900,-Euro. Die Instandsetzung des Spreeradweges erfolgt in 3 Abschnitten, 2019 erfolgt der 1. BA mit 18,2 km und 4.100.000,- Euro. Eine Förderung über die ILB erfolgt.

Im Sachgebiet Gebäudemanagement erfolgen ebenfalls die allgemeine Instandsetzung, Einzelinstandsetzungsmaßnahmen und Investitionen. Für die Instandsetzung sind 1.806.000,- Euro eingestellt. Zu den großen Einzelinstandsetzungen mit insgesamt 1.719.000,- Euro zählen die Friathermleitung der Pestalozzischule, das STVA, das Haus Hoffnung in Fürstenwalde, das Gymnasium Beeskow. Die Investitionen betragen insgesamt 9.527.800,- Euro mit dem Schulzentrum Fürstenwalde, Juri-Gagarin-Oberschule Fürstenwalde, Sporthalle Gesamtschule Eisenhüttenstadt, Neubau Rettungswache Fürstenwalde. Für die allgemeine Wartung sind 950.200,- Euro veranschlagt. Für das Energiemanagement sind erstmals 20.000,- Euro veranschlagt für Kick-Off und Messtechnik. Ergebnisse können dann im nächsten Ausschuss präsentiert werden.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig zur Beschlussfassung an den Kreistag weitergeleitet.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 9 Beratung/Diskussion zum Thema Winterdienst "Umstellung auf ökologische Alternativen zum Tausalz" VA: Herr Kuiper, Bündnis 90/Die Grünen
Dez. III/Amt 65 - SG KIS
(Unterlagen bereits zugesandt)**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

Abgesetzt

Zu TOP 10 Sonstiges

Frau Tischierschky verwies darauf, dass zu ihrem Anliegen bezüglich der Auswirkungen des Sommers 2018 noch keine Auswertung erfolgte bzw. Vorschläge zur Vermeidung und Vorbeugung von Schäden unterbreitet wurden.

Auf Initiative von Frau Tschierschky gibt es zum Thema Klima/Klimaschutz eine Informationsveranstaltung Herr Karsten Preuß, Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen im Landtag Brandenburg und umweltpolitischer Sprecher der Fraktion, erklärte seine Bereitschaft zum Thema „Klima bewahren verlangt Stoffe zu sparen“ am 30. März 2019 aufzutreten. Offen ist noch der Ort der Veranstaltung, Beeskow oder Eisenhüttenstadt, je nach Mehrheit der Beteiligten.

Eine Anfrage gab es zum Baumbestand an der Straße zwischen Gosen und Neu Zittau. Dort wurden laut Aussage von Herrn Engert zur Verkehrssicherung die Bäume unsachgemäß eingekürzt. Der Amtsdirektor erklärte auf Nachfrage, dass dies auf Veranlassung der unteren Naturschutzbehörde erfolgte.

Die Beantwortung erfolgte durch Herrn Gehm. Ursache der Arbeiten ist die unterlassene Pflege der Bestände in den letzten 10 bis 20 Jahren. Es wurde abgewägt zwischen der Gesamtröpfung der Bestände, der Herausnahme einzelner Baume oder auch die Kürzung des Bestandes. Bei dieser Maßnahme ging es vorrangig um die Verkehrssicherung in Verbindung mit Natur- und Insektenschutz und die gewählte Lösung stellt sich als bester Kompromiss dar. .
Schlussfolgerung aus dieser Vorgehensweise ist, die Pflege der Baumbestände zu verstärken.

gez.

Fred Rengert

Vorsitzender des Ausschusses
für Bauen, Umwelt und
Verkehr

gez.

Andrea Wickfelder

Schriftführerin